

MEIN STANDPUNKT



Professor Bruno S. Frey über
Schattenwirtschaft – was tun?

Der Bundesrat hat soeben ein Programm zur rigorosen Bekämpfung der Schattenwirtschaft beschlossen. Schwarzarbeit soll strenger als bisher bestraft werden. Dieser Beschluss ist in der Presse und bei den Sozialpartnern auf grosse Zustimmung gestossen. So hat etwa der Gewerbeverband in einer neuen Broschüre der Schattenwirtschaft den Kampf angesagt und dessen Schäden betont.

Offensichtlich gehen dem Staat Steuereinnahmen verloren, was dessen Leistungsvermögen beeinträchtigt und dem Sozialsystem dringend benötigte Mittel entzieht. Firmen und Arbeitnehmer, die sich an die Gesetze halten, erleiden einen Wettbewerbsnachteil. Der Bürgersinn wird unterhöhlt, wenn Schwarzarbeit als Kavaliersdelikt angesehen wird.

Damit wird jedoch die Schattenwirtschaft zu negativ dargestellt. Schwarz erzielt Einkommen wird meist unmittelbar wieder für Güter und Dienstleistungen ausgegeben. Über die Mehrwert- und Lohnsteuern der zusätzlich erzeugten Einkommen wird der Steuerverlust weit kleiner, als er auf den ersten Moment erscheint. Die inoffizielle Tätigkeit verstärkt auch in manchen Bereichen den Wettbewerb und sorgt damit für günstige Leistungen und Preise. Manche Tätigkeiten würden gar nicht angeboten, wenn es keine Schattenwirtschaft gäbe. Dies gilt insbesondere in Entwicklungsländern. Nicht wenige Beobachter sehen aber auch durchaus positive Auswirkungen für Industrieländer. In Italien wären etwa viele produktive wirtschaftliche Leistungen wegen der allgegenwärtigen Regulierungswut des Staates unmöglich offiziell zu erbringen.

Lässt sich die Grösse der Schattenwirtschaft überhaupt erfassen? Die Volkswirtschaftslehre hat dafür verschiedene Methoden entwickelt. Eine direkte Möglichkeit besteht darin, Personen zu befragen. Diese Methode ist recht zweifelhaft, weil ja wenige zugeben werden, dass sie selbst schwarz arbeiten oder illegal Güter und Dienstleistungen erwerben. Deshalb sind indirekte Methoden vorzuziehen. Zum Beispiel wird darauf geachtet, ob die Ausgaben von Personen oder auch in der Wirtschaft als Ganzes höher als die deklarierten Einnahmen sind. Für

Entwicklungsländer ist die Beobachtung von Inputs in den Produktionsprozess, die notwendig sind und sich leicht erfassen lassen, vor allem der Verbrauch an Elektrizität, besonders geeignet.

Mit Hilfe derartiger Methoden wurde geschätzt, dass die Schattenwirtschaft in unserem Land deutlich weniger als 10 Prozent des offiziellen Sozialprodukts beträgt, vermutlich liegt sie zwischen 6 und 8 Prozent.

Sie ist mit derjenigen in den USA, in Japan und in Österreich vergleichbar. In Frankreich, in Deutschland und in Grossbritannien dürfte sie wesentlich höher liegen, etwa bei 15 Prozent des offiziellen Sozialprodukts. In Spanien, Portugal, Belgien und in den osteuropäischen Ländern nimmt die Schattenwirtschaft bis zu einem Viertel der offiziellen Produktion ein. In Griechenland und in Italien wird sie gar mit bis zu einem Drittel des Sozialprodukts veranschlagt.

Aber selbst dies ist im Vergleich zu manchen Entwicklungsländern bescheiden. In Mexiko, Peru oder Südkorea dürfte rund die Hälfte der Produktion schwarz erzeugt werden, in Nigeria, Ägypten und Thailand dürften es gar zwei Drittel sein. Die Schweiz weist somit im internationalen Vergleich eine kleine Schattenwirtschaft auf. Allerdings ist sie seit den Sechzigerjahren deutlich gewachsen, sie umfasste damals nur rund 1 Prozent des Sozialprodukts.

Als Gründe für die Entstehung und das Wachstum der Schattenwirtschaft sind die folgenden Hauptfaktoren isoliert worden: die hohe Belastung durch Steuern und staatliche Regulierungen. Ausserdem spielt die vorhandene Zeit eine grosse Rolle. Aus diesem Grund sind vor allem Arbeitslose, Rentner und einem Arbeitsverbot unterliegende Ausländer häufiger als andere schwarz tätig.

Die Politik des Bundesrates konzentriert sich allzu sehr auf einen einzelnen Aspekt, nämlich die Abschreckung durch Strafe. Damit erinnert sie fatal an die immer wieder fehlgeschlagenen Versuche, Prostitution, Drogenkonsum und Wetten durch verschärfte Strafen zu bekämpfen. Mehr Erfolg verspricht, die staatlichen Vorschriften so zu gestalten, dass die Schwarzarbeiter in die offizielle Wirtschaft übergeführt werden. Ausserdem sinkt die Bereitschaft zu illegaler Tätigkeit, wenn der Staat zeigt, dass er mit den Steuergeldern auch eine ansprechende Leistung erbringt.

*«Schwarzarbeit
verstärkt in
manchen
Bereichen den
Wettbewerb und
sorgt damit für
günstige
Leistungen und
Preise»*